



Kontroverse um die Bologna-Reform

Von der Alma Mater zur „Universitas AG“

In ganz Europa protestieren die Studierenden, ihr Stein des Anstosses ist die Bologna-Reform. Hier der Bericht einer Medizinstudentin, die Kritik an zunehmender Verschulung und Ökonomisierung sowie verschärftem Konkurrenzdenken übt.

Mehrere Hundert Studentinnen haben am 22. Oktober 2009 das Audimax der Uni Wien besetzt. Damit entfesselte sich eine regelrechte universitäre Besetzungskaskade durch ganz Europa: durch Albanien, Serbien, Dänemark, Frankreich, Italien, Deutschland, Österreich, Grossbritannien, Irland und auch die Schweiz. Was an der Uni Basel seinen Anfang nahm, zog sich über die Uni Zürich zu den Unis Bern, Lausanne und Genf. Die Besetzungen waren und sind die unweigerliche Antwort auf ein zunehmend ökonomisch geprägtes Bildungswesen. Die Bologna-Reform stellt nicht das eigentliche Problem dar, doch sie dient gewissermassen als gesetzliche

Grundlage, um diese Entwicklung in die Praxis umzusetzen.

Doch was hat es auf sich mit der Operation Bologna und welche Veränderungen hat diese bisher gebracht? Die Bologna-Deklaration wurde 1999 von 29 Staaten, u.a. der Schweiz, lanciert. Mittlerweile sind 46 Staaten beteiligt, die sich zum Ziel gesetzt haben, „den europäischen Arbeitsmarkt zu vereinheitlichen“, „die Mobilität im Bildungsraum Europa zu fördern“ und „die globale Wettbewerbsfähigkeit Europas als Bildungsstandort zu fördern“. Die Reform wurde ohne eine demokratische Diskussion oder gar die Einwilligung der Universitäten umgesetzt und hat den Weg für ein amerikanisiertes Bildungssystem geebnet. Parallelen zum Wandel im Gesundheitswesen sind unverkennbar: Beiderorts ist eine aggressive Entwicklung in Richtung Globalisierung und Privatisierung auszumachen.

Konkurrenz über alles

Da die Gelder für die Bildung zunehmend gekürzt werden, sind die Univer-

sitäten auf andere Geldgeber angewiesen – sprich private Unternehmen. Dadurch erhalten diese jedoch die Macht, universitäre Bildung nach ihren Interessen zu gestalten. Diese Tendenz macht sich in den Lehrinhalten ebenso bemerkbar wie in der Sprache („Kreditpunkte“, „Leistungsausweis“, „kundenorientiert“, „Hochschulmanagement“, „Kreativität ist ein gefragtes Kapital, weil es nicht vom Computer generiert werden kann“), den universitären Anlässen (z.B. Firmen-Apéros), der Kleidungsmode oder den zwischenmenschlichen Beziehungen der Studierenden untereinander, beispielsweise durch ein Konkurrenzverständnis, das sich über die Lehrveranstaltungen hinauszieht. Informelle Schönheitswettbewerbe sowie deren Vermarktung wie in Form des „Campusgirl“ und „Uniboy“ Kalenders sind nur ein Beispiel.

Die Uni serviert uns das „Menue Bologna“ mit wohlklingenden Phrasen wie „grenzenlose Freiheit in der Mobilität“. Ein geschickter Griff in die psychologische Trickkiste, denn wer möchte schon nicht frei und mobil sein? Ein weiteres Exempel euphemistischer Einullerei: „Ihre Ausbildung wird international transparent und vergleichbar“. Nur: nicht wir StudentInnen sind es, die bessere Vergleiche anstellen können, sondern unsere künftigen ArbeitgeberInnen. Grosskonzerne können uns als vereinheitlichte Produkte auf dem internationalen Markt optimal vergleichen, die Crème de la Crème rauspicken oder an-

derswoher günstigere Produkte importieren. Darunter leiden sowohl die liegen gelassenen „teureren Produkte“, als auch diejenigen, die zu Dumpinglöhnen und unter schlechteren Bedingungen schuften müssen. Nicht zuletzt werden beide Seiten gegeneinander aufgehetzt, weil jede befürchtet, der anderen gegenüber benachteiligt zu sein. Illustrativ für den Ausverkauf der Bildung ist auch der 7-köpfige Unirat, das oberste Entscheidungs- und Führungsorgan der Uni Zürich. Es sind keinerlei (!) Angehörige der Universität in ihm vertreten, sondern ausschliesslich externe Personen, u. a. Hans-Ulrich Dörig (Vizepräs. des Verwaltungsrates der CS Group) und Andreas Steiner (Präs. der Forschungskommission von economiesuisse).

Geld verdienen neben dem Studium

Durch mehr anwesenheitspflichtige Lehrveranstaltungen und Leistungskontrollen ist der zeitliche Umfang eines Hochschulstudiums merklich gestiegen. Dadurch wird ein Teilzeitstudium erschwert bis verunmöglich. Gleichzeitig werden aber im Stipendienwesen kontinuierlich die Finanzen gekürzt. Tatsache ist, dass rund 70% aller Studierenden an der Uni Zürich nebst dem Studium arbeiten müssen, 2,5% finanzieren sich gar das gesamte Studium selber. Das zeitintensivere Studium birgt somit die Gefahr, dass finanziell schwächer gestellte StudentInnen entweder gar nicht erst ein Studium aufnehmen können, oder aber dieses schon nach dem Bachelor beenden müssen. Dies ist übrigens keine Zukunftsmusik: bereits heute gibt es Studierende, die ihr Studium aus finanziellen Gründen abbrechen oder für eine gewisse Zeit aussetzen, um zu arbeiten. Sinn und Zweck des zweistufigen Bachelor-/Master-Systems ist laut Bologna-Deklaration eine frühere Berufsqualifikation in Form des Bachelor-Diploms. Durch die reduzierte Studiendauer werden Kosten gespart; gleichzeitig stellen die Bachelor-AbsolventInnen eine neue, leicht auszubeutende Arbeitsklasse dar. Sie können zu tieferen Löhnen sowie schlechteren Arbeitsbedingungen beschäftigt werden, selbst wenn sie dieselbe Arbeit verrichten wie Master-AbsolventInnen. Der Spardruck wird auch auf den Schultern der Ange-

stellten ausgewälzt: das Reinigungspersonal wurde an externe Firmen ausgelagert und ist somit nicht mehr direkt von der Uni angestellt. Der Stundenlohn beträgt je nach Uni zwischen 14 und 17 Franken pro Stunde. Zum Teil liegt die obere Grenze des Arbeitspensums bei 12 Stunden pro Woche – so werden Sozialversicherungskosten gespart.

Sonderfall Medizin

Das Studium der Humanmedizin stellt innerhalb des Bologna-Prozesses einen Sonderfall dar. Noch relativ neu, nämlich vor drei Jahren begann der erste reformierte Studiengang. Neu wurde eine Masterarbeit (MA) anstelle einer Dissertation eingeführt – dadurch wird der Titel des „Dr.med.“ mit „Master of medicine“ ersetzt. Im Gegensatz zur Dissertation (die zwar üblich, aber nicht obligatorisch war) ist die MA eine obligatorische Voraussetzung, um sich für das Staatsexamen anzumelden. Es steht Studierenden frei, zusätzlich eine Disserta-

tion der einjährigen Forschungsarbeit bereits in Kraft getreten ist. Also kommt man nicht drum herum, nebst dem Studium so nebenbei ein Jahr lang zu forschen und nach der MA eine Dissertation aus dem Ärmel zu schütteln. Da man letztere aber erst ein Jahr nach dem Staatsexamen abgeben darf, verlängert sich das ohnehin schon lange Medizinstudium faktisch um ein Jahr. Nicht zuletzt stellt sich die Frage: lernen angehende ÄrztInnen wirklich mehr, indem sie ihre Studienzeit mit forschungsorientierten Arbeiten verplempern? Von Dozierenseite hiess es: „Ein Arzt, der nicht mindestens zwei wissenschaftliche Arbeiten verfasst hat, ist kein guter Arzt“. Doch viel sinnvoller wäre es doch, stattdessen klinische Erfahrungen zu sammeln. Abgesehen davon steht es in den Sternen, wie einjährige Forschungsarbeiten für jährlich 1000 Studierende schweizweit gefunden werden sollen.

Zugute halten muss man dem Wandel im Medizinstudium, dass Fächer wie „Psychosoziale Medizin“, „Kommunikation und Interaktion“ oder „Ethik“



Lernen angehende ÄrztInnen wirklich mehr, indem sie ihre Studienzeit mit forschungsorientierten Arbeiten verplempern?

tion nach Abgabe der MA zu verfassen. Der Umfang der bisherigen Dissertation war mit mindestens zwei Monaten bemessen; auch die MA befindet sich mit mindestens 10 Arbeitswochen in einem ähnlichen zeitlichen Rahmen. Im reformierten Studiengang muss die Dissertation hingegen auf einer mindestens einjährigen Forschungsarbeit basieren. Interessant: der Stundenplan ist zwar voller geworden; nichtsdestotrotz ist der Masterabschluss anscheinend tiefer gestellt als der Dokortitel. Allerdings besteht ein gewisser Druck, zu dissertieren, will man nicht benachteiligt werden. Erst recht, weil die einzelnen Universitäten die Reform unterschiedlich umsetzen. So erhält man in Österreich den Dokortitel bei Abschluss des Medizinstudiums „geschenkt“. In Bern ist eine Übergangslösung gültig, die einen 4-monatigen Arbeitsaufwand für die Dissertation vorschreibt, während in Zürich die Rege-

in den Lehrplan aufgenommen worden sind. Dass soziale Grundlagen eine relevante Rolle in der Arzt-/Patient-Beziehung und nicht zuletzt in der Prävention und Behandlung von Krankheiten darstellen, ist also anerkannt worden. Allerdings leiden diese Kurse unter dem brestenden Stundenplan. Auch, weil viele davon zwar anwesenheitspflichtig, jedoch nicht prüfungsrelevant sind. Die ausschliessliche Orientierung der Bildung an Prüfungen und Leistungsnachweisen ist ein weiterer Punkt, der vielerorts an der Bologna-Reform kritisiert wird. Der Soziologieprofessor Kurt Imhof brachte es auf den Punkt: „Es herrscht ein Bulimie-Lernen: reinfuttern, rauskotzen, vergessen“. Somit erfüllen selbst Ethikkurse ihren Zweck nicht. Anstatt Mitdenken und aktiver Beteiligung werden Zeitungen gelesen,

Fortsetzung auf Seite 14

Fortsetzung von Seite 13

Kreuzwortsrätsel gelöst, usw. Denn Fernbleiben kann man den Kursen aufgrund Präsenzkontrollen nicht. Also nix wie rein in den Hörsaal, die Präsenzliste unterschreiben und anschliessend die Stunden totschiessen, während man eigentlich Besseres zu tun hätte. Lernen zum Beispiel. Oder sich ausseruniversitär bilden. Oder jobben. Übrigens: wer für einen Mitstudierenden unterschreibt, wird mitbestraft.

Das Wesen der Bildung

In der Diskussion um die Bologna-Reform führen letztendlich alle Standpunkte auf die eine Grundsatzfrage hinaus: *was bedeutet Bildung?* Dient ein Universitätsstudium dazu, das Individuum kritisch und unabhängig zu bilden oder dazu, in das Individuum zu investieren? Darf Bildung überhaupt abhängig von privaten Interessen sein? Ist es gerechtfertigt, wenn die Uni chirurgische Nähkurse Pharmafirmen übergibt und diese einen Viertel der Kurszeit darüber schwadronieren, weshalb ihr Material besser ist als das der Konkurrenz? Dürfen Pharmakonzerne uns Lehrbücher, Hämmerli und Lämpfli sponsern? Ist es Meinungsfreiheit, wenn ein Peter Brabeck oder ein Robert Kagan an der Universität darüber palavern, dass es „absurd und extremistisch“ sei, Wasser als kostenloses Kollektivgut zu betrachten oder dass Europa endlich aufrüsten und „militärische Verantwortung tragen“ soll? Oder ist dies bereits Manipulation?

Es gibt noch viel zu tun – entsprechend „brennen“ auch heute noch über 100 Unis in ganz Europa. In der Schweiz führte der studentische Widerstand aktuell zu einem Teilerfolg: nach lautstarken Protesten und Demonstrationen hat der Zürcher Kantonsrat am 15. Dezember 2009 eine Verdoppelung der Studiengebühren abgelehnt. Damit ist ein entsprechender Antrag der bürgerlichen Parteien gescheitert. Und wir haben uns ein Stück freie, offen zugängliche Bildung zurückerobert.

EINE MEDIZINSTUDENTIN/VUA

Name der Redaktion bekannt